



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
4. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 11.09.2018	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	18:00 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer- SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Jana Borchers- Bü90/DIEGRÜNEN	Vertretung für: Herrn Thorsten Fürter	
Dr. Axel Flasbarth- SPD	Vertretung für: Herrn Peter Petereit	
David Jenniches- AfD		
André Kleyer- Bü90/DIEGRÜNEN		
Ulrich Krause- CDU		
Thomas Misch- FREIE WÄHLER & GAL		
Oliver Prieur- CDU		
Peter Reinhardt- SPD		
Bernhard Simon- CDU		
Detlev Stolzenberg- Die Unabhängigen		
Katjana Zunft- Die Linke		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Thomas-Markus Leber- FDP	Vertretung für: Herrn Thomas Rathcke	
Lothar Möller- BfL		
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Bruno Hönel- Bü90/DIEGRÜNEN		
Verwaltung		
Jan Lindenau- FB 1 - Bürgermeister		
Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung		
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Senatorin Joanna Hagen- FB 5 - Planen und Bauen		
Tatjana Voskuhl- 1.300 Recht		
Jörg Blank- 1.203-Beteiligungscontrolling		

Piroska Csösz- 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Tim Klüssendorf- 1.000 Bürgermeister Persönlicher Referent	
Ralf Kuschmierz- FBC FB 2	
Manfred Uhlig- 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Elke Sasse- 1.160 - Frauenbüro	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 9/17.08 Uhr
Guido Kaschel- Lübeck Port Authority	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 9/17.08 Uhr
MitarbeiterInnen FB 1 - 5	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 9/17.08 Uhr
VertreterInnen der Personalräte	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 9/17.08 Uhr
Protokollführung	
Oliver Groth- 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 9/17.08 Uhr
Raimund Stapelfeldt	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 9/17.08 Uhr
Zuhörerinnen und Zuhöre	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 9/17.08 Uhr
Beiratsmitglieder	
Peter Mross- Seniorenbeirat	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 9/17.08 Uhr
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Peter Petereit- SPD	entschuldigt
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Thorsten Fürter- Bü90/DIEGRÜNEN	entschuldigt
Thomas Rathcke- FDP	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.08.2018
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	Anfrage des BM/AM Detlev Stolzenberg: Situation am Krähenteich Vorlage: VO/2018/06327
3.1.1.	Antwort auf Anfrage des BM/AM Detlef Stolzenberg zur Situation am Krähenteich Vorlage: VO/2018/06336
3.2.	Mdl. Anfrage BM Peter Reinhardt betr. „Fischtreppe“
3.3.	Mdl. Anfrage BM Detlev Stolzenberg betr. Stromausfall
3.4.	NEU: Anfrage DIE LINKE: BM Katjana Zunft - gleichstellungspolitische Maßnahmen - Vorlage: VO/2018/06385
3.5.	Anfrage von BM David Jenniches (AfD) Zeit- und Personalkostenaufwand aus Beantwortung Anfrage VO/2018/06385 BM Katjana Zunft - Vorlage: VO/2018/06399
3.6.	BM Oliver Prieur: Kurzfristige Sperrungen Possehlbrücke Vorlage: VO/2018/06422
4.	Berichte
4.1.	Förderung der Elektromobilität in städtischen Unternehmen Vorlage: VO/2018/06206
4.2.	Zwischenbericht - Integrationsorientierte Aufnahme von Flüchtlingen in der Hansestadt Lübeck - Vorlage: VO/2018/06276
5.	Beschlussvorlagen
5.1.	Entschuldungsfonds der Possehl-Stiftung - Vorlage: VO/2018/06096
5.2.	Konzept zur Schaffung von zwei Streetworker-Stellen in der offenen Drogenszene Vorlage: VO/2018/06130
5.3.	Annahme einer Spende der Friedrich Bluhme und Else Jepsen-Stiftung für den Umbau des Buddenbrookhauses zugunsten der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck. Vorlage: VO/2018/06190
5.4.	Annahme einer Zuwendung (125.000,00 EUR) der Possehl-Stiftung zugunsten der 60. Nordischen Filmtage Lübeck - Vorlage: VO/2018/06204
5.5.	Annahme einer Geldspende (6.000€) der Friedrich Bluhme und Else Jepsen-Stiftung zugunsten des Buddenbrookhauses - Vorlage: VO/2018/06050
5.6.	Bestellung einer Rechnungsprüferin - Vorlage: VO/2018/06217

5.7.	Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG) zwei Maßnahmenplanungen zum Kindergartenjahr 2019/20 Vorlage: VO/2018/06245
5.8.	Fortschreibung des Mietspiegels in 2018 - Vorlage: VO/2018/06246
5.9.	Fortführung der Maßnahme Erneuerung Uferbereich am Fährplatz in Lübeck-Travemünde (5.691) - Vorlage: VO/2018/06254
5.10.	Vorlage zur Festsetzung einer Benutzungs- und Gebührensatzung für die Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck - Vorlage: VO/2018/06272
5.11.	Preistarif Nordische Filmtage Lübeck - Anpassung der Akkreditierungskosten Vorlage: VO/2018/06279
5.12.	Neubesetzung der von der Hansestadt Lübeck entsandten Mitglieder der Jury zur Verleihung des Thomas-Mann-Preises - Vorlage: VO/2018/06306
5.13.	4. Regionaler Nahverkehrsplan der Hansestadt Lübeck (4. RNVP) Vorlage: VO/2018/06248
6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
7.	Anträge von Ausschussmitgliedern
7.1.	NEU: Dringlichkeitsantrag DIE LINKE Katjana Zunft: "Hauptausschuss als Gleichstellungsausschuss" - Vorlage: VO/2018/06384
8.	Verschiedenes
8.1.	NEU: Anfrage von AM Reinhardt zu Gebäuden Große Burgstr. 9-13
8.2.	NEU: Anfrage von AM Stolzenberg zu Kündigung Flohmarkt Schuppen F, nördliche Wallhalbinsel
8.3.	NEU: Anfrage von AM Stolzenberg zum Grundstücksverkauf Hutmacherring
8.4.	NEU: Anfrage von AM Zunft zur Sperrung Bahnbrücke
9.	Ende des öffentlichen Teils
15.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

zu 1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
-------------	--

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Die Vorsitzende teilt mit, dass AM Frau Katjana Zunft um Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit zur Behandlung folgender Vorlage bittet:

NEU:

TOP 7.1 VO 6384 Dringlichkeitsantrag DIE LINKE Katjana Zunft: "Hauptausschuss als Gleichstellungsausschuss"

Der Hauptausschuss lehnt mehrheitlich die Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit ab.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die TOP 5.2 und 5.13 auf den Hauptausschuss am 25.09.2018 vertagt werden sollen. Es sind noch nicht alle vorlaufenden Fachausschüsse beteiligt gewesen.

Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich der Vertagung zu.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der TOP 13.2 auf den Hauptausschuss am 25.09.2018 vertagt werden soll.

Der Hauptausschuss lehnt die Vertagung mit 7 Gegenstimmen mehrheitlich ab.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Sie schlägt vor, über den Ausschluss der Öffentlichkeit bei den als nichtöffentlich angemeldeten TOP 12.1 – 12.3, 13.1 – 13.2 „en bloc“ abzustimmen.

Der Hauptausschuss ist einstimmig „en bloc“ mit der vorgeschlagenen Zuordnung von Tagesordnungspunkten in den nicht-öffentlichen Teil einverstanden.

zu 2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.08.2018
-------------	---

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

**zu 3.1 Anfrage des BM/AM Detlev Stolzenberg: Situation am Krähenteich
Vorlage: VO/2018/06327**

Zu der von Herrn Stolzenberg mit der Vorlage 2018/06327 gestellten Anfrage:

Der Förderverein Altstadtbad Krähenteich e.V. hat in einem Schreiben u.a. an den Bürgermeister und die Fraktionen auf die dramatische Situation am Krähenteich bezüglich der Wasserqualität hingewiesen und acht Fragen formuliert.

Diese Fragen übernehme ich als Hauptausschussmitglied:

Wieso wird das Wehr am Mühlendamm nicht kontinuierlich gereinigt, sondern ist offenbar immer wieder im Abfluss verstopft? Wieso wird der Zufluss nicht maximiert, sondern offenbar noch immer zum Teil über den Falkendamm abgeführt?

Stimmt es, dass der Zufluss sogar für Tage ganz gesperrt wurde?

Gibt es Absprachen mit dem E-Werksbetreiber am Mühlendamm, die einen erhöhten Durchfluss behindern? Der Förderverein hat auf eigene Kosten im Umfeld des Bades für eine Entkrautung gesorgt – wieso gab es trotz der sichtbaren Gefahr keine vorsorgliche Entkrautung von Krähen- und Mühlenteich seitens der Port Authority?

Was wird jetzt als Notfallregelung getan? Was gibt es für die Zukunft mit mehr solcher zu erwartenden Situationen für eine Strategie? Wie kann das zusammen mit der geplanten Fischtreppe, die ja noch deutlich mehr Wasser abzweigen wird, überhaupt funktionieren?

Ich bitte um schriftliche Beantwortung.

liegt unter TOP 3.1.1 eine Antwort vor.

Keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.1.1 Antwort auf Anfrage des BM/AM Detlef Stolzenberg zur Situation am Krähenteich - Vorlage: VO/2018/06336

Keine Wortmeldungen.

***Der Hauptausschuss
nimmt die Antwort
zur Kenntnis.***

zu 3.2 Mdl. Anfrage BM Peter Reinhardt betr. „Fischtreppe“

Zu der von Herr Reinhardt in der Sitzung des Hauptausschusses am 28.08.2018 mündlich gestellten Anfrage nach dem Sachstand Baubeginn Fischaufstiegsanlage teilt Hr. Kaschel mit, dass die Fischtreppe eine wasserwirtschaftliche Anlage sei. Es liege bislang keine Förderzusage des Landes vor. Aus diesem Grund kann die Fertigstellung der Fischtreppe nicht terminiert werden. Wenn die Förderzusage vorliegt, sind zunächst im Haushalt die entsprechenden Mittel einzustellen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

***Der Hauptausschuss nimmt
die Antwort zur Kenntnis.***

zu 3.3 Mdl. Anfrage BM Detlev Stolzenberg betr. Stromausfall

Die von Herrn Stolzenberg in der Sitzung des Hauptausschusses am 28.08.2018 mündlich gestellte Anfrage betr. der Höhe der Schadenersatzforderungen wird von Herrn Senator Schindler mündlich beantwortet mit Hinweis auf einen Vermerk der Stadtwerke, der diesem Protokoll beigefügt wird.

Eine Nachfrage von Hr. Stolzenberg zur Haftungsobergrenze beantwortet ebenfalls Herr Senator Schindler. Diese Frage wird ebenfalls im Vermerk beantwortet.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.4 NEU: Anfrage DIE LINKE: BM Katjana Zunft - gleichstellungspolitische Maßnahmen - Vorlage: VO/2018/06385

Keine Wortmeldung.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**zu 3.5 Anfrage von BM David Jenniches (AfD) Zeit- und Personalkostenaufwand aus Beantwortung Anfrage VO/2018/06385 BM Katjana Zunft
Vorlage: VO/2018/06399**

Herr Kleyer fragt nach der Sinnhaftigkeit der Anfrage von Herr Jenniches und ob jetzt immer mit ähnlichen Anfragen zu Anfragen von Ausschussmitgliedern zu rechnen ist.

Herr Jenniches erwidert, dass dem nicht so sein wird, sondern im konkreten Fall die Anfrage sehr umfangreich ausfällt und hier nach dem Kostenaufwand zu fragen ist.

Herr Stolzenberg hält derartige Anfragen für schlechten Stil.

Herr Jenniches verweist hier auf sein Recht auf Auskunft.

Frau Zunft erläutert die Intention ihrer Anfrage, wonach es ihr darum ging, einen Überblick über die Gleichstellungsmaßnahmen zu erhalten, um daraus weitere Schlüsse ziehen zu können.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**zu 3.6 BM Oliver Prieur: Kurzfristige Sperrungen Possehlbrücke
Vorlage: VO/2018/06422**

Herr Prieur erläutert die Intention seiner Anfrage, weil nach seiner Kenntnis Feuerwehr und Rettungsdienst nicht über die Sperrung informiert worden sind und fragt danach, wie das mit der Baufirma geregelt ist.

Eine Beantwortung wird zur nächsten Sitzung zugesagt.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Förderung der Elektromobilität in städtischen Unternehmen
Vorlage: VO/2018/06206**

Hierzu bittet Herr Möller, dem energiepolitischen Sprecher der BfL, Herrn Raimund Stapelfeldt, Wort zu erteilen.

Der Hauptausschuss ist einstimmig einverstanden.

Herr Stapelfeldt bemängelt die Sinnhaftigkeit einer e-Zapfsäule in der Kanalstraße, die nach seiner Auffassung wenig genutzt wird.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.2 Zwischenbericht - Integrationsorientierte Aufnahme von Flüchtlingen in der
Hansestadt Lübeck - Vorlage: VO/2018/06276**

Keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Entschuldungsfonds der Possehl-Stiftung - Vorlage: VO/2018/06096

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 30.000,-- Euro wird angenommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.2 Konzept zur Schaffung von zwei Streetworker-Stellen in der offenen Drogen-
szene - Vorlage: VO/2018/06130**

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

zu 5.3 Annahme einer Spende der Friedrich Bluhme und Else Jepsen-Stiftung für den Umbau des Buddenbrookhauses zugunsten der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck. - Vorlage: VO/2018/06190

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Spende der Friedrich Bluhme und Else Jepsen-Stiftung in Höhe von 300.000,00 EUR für den Umbau des Buddenbrookhauses wird angenommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.4 Annahme einer Zuwendung (125.000,00 EUR) der Possehl-Stiftung zugunsten der 60. Nordischen Filmtage Lübeck - Vorlage: VO/2018/06204

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die von der Possehl-Stiftung zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 125.000,00 EUR werden angenommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.5 Annahme einer Geldspende (6.000€) der Friedrich Bluhme und Else Jepsen-Stiftung zugunsten des Buddenbrookhauses - Vorlage: VO/2018/06050

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt die Annahme der Geldspende in Höhe von 6.000,00 Euro der Friedrich Bluhme und Else Jepsen-Stiftung zugunsten des Buddenbrookhauses.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.6 Bestellung einer Rechnungsprüferin - Vorlage: VO/2018/06217

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Frau Tina Wendt wird zur Rechnungsprüferin gem. § 115 Abs.2 GO bestellt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.7 Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG)
zwei Maßnahmenplanungen zum Kindergartenjahr 2019/20
Vorlage: VO/2018/06245**

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Die in der Begründung dargestellten Maßnahmen werden in den Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG aufgenommen.
2. Der gesamtstädtische Mehrbedarf im Haushaltsjahr 2019 für die Umsetzung der Maßnahmen beträgt 74.097,67 Euro

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.8 Fortschreibung des Mietspiegels in 2018 - Vorlage: VO/2018/06246

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der auf der Grundlage des Gutachtens der Firma F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH (F+B) als Fortschreibung des Lübecker Mietspiegels 2016 erstellte Lübecker Mietspiegel 2018 wird durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck anerkannt und gilt damit als qualifizierter Mietspiegel gem. § 558 d BGB.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.9 Fortführung der Maßnahme Erneuerung Uferbereich am Fährplatz in Lübeck-Travemünde (5.691) - Vorlage: VO/2018/06254

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Mit der Maßnahme Erneuerung Uferbereich am Fährplatz in Lübeck-Travemünde wird fortgefahren.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.

**zu 5.10 Vorlage zur Festsetzung einer Benutzungs- und Gebührensatzung für die Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2018/06272**

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die als Anlage 2 beigefügte Benutzungs- und Gebührensatzung für die Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck wird beschlossen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft bei einer Enthaltung einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.11 Preistarif Nordische Filmtage Lübeck - Anpassung der Akkreditierungskosten
Vorlage: VO/2018/06279**

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der als Anlage beigefügte Preistarif für die Nordischen Filmtage Lübeck wird beschlossen und tritt zum 01.10.2018 in Kraft.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.12 Neubesetzung der von der Hansestadt Lübeck entsandten Mitglieder der Jury zur Verleihung des Thomas-Mann-Preises - Vorlage: VO/2018/06306

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck ernennt den Präsidenten der Deutschen Thomas Mann Gesellschaft, Sitz Lübeck zum Jurymitglied des Thomas-Mann-Preises anstelle der Leitung des Thomas Mann Archivs der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH Zürich).

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.13 4. Regionaler Nahverkehrsplan der Hansestadt Lübeck (4. RNVP)
Vorlage: VO/2018/06248**

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 7	Anträge von Ausschussmitgliedern
-------------	---

zu 7.1	NEU: Dringlichkeitsantrag DIE LINKE Katjana Zunft: "Hauptausschuss als Gleichstellungsausschuss" - Vorlage: VO/2018/06384
---------------	--

Der Antrag von AM Frau Zunft, VO/2018/06384, hat vor Eintritt in die Tagesordnung nicht die erforderliche Dringlichkeit erhalten und wird daher in der heutigen Sitzung nicht behandelt.

zu 8	Verschiedenes
-------------	----------------------

zu 8.1	NEU: Anfrage von AM Reinhardt zu Gebäuden Große Burgstr. 9-13
---------------	--

Herr Reinhardt berichtet, dass die Gebäude Große Burgstr. 9-13 zusehends verfallen. Er bittet um Beantwortung, was die Verwaltung dagegen unternimmt. Er weist auf die Anhandgabe des Bundes zum Umgang mit verwahrlosten Immobilien hin. Er bittet um Prüfung, was hier die Verwaltung tun kann.

Frau Senatorin Hagen führt aus, dass es bezüglich der Sanierung der Gebäude erfolglose Gespräche mit dem Eigentümer gab. Städtebaufördermittel ständen für eine Sanierung grundsätzlich zur Verfügung.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.2	NEU: Anfrage von AM Stolzenberg zu Kündigung Flohmarkt Schuppen F, nördliche Wallhalbinsel
---------------	---

Hr. Stolzenberg fragt nach den Gründen für die Kündigung des Flohmarkts in Schuppen F auf der nördlichen Wallhalbinsel und bittet um Auskunft zu einer möglichen Nachnutzung des Schuppens.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.3	NEU: Anfrage von AM Stolzenberg zum Grundstücksverkauf Hutmacherring
---------------	---

Hr. Stolzenberg fragt nach den Hintergründen des Grundstücksgeschäfts.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass er hierzu im nichtöffentlichen Teil antworten werde.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.4	NEU: Anfrage von AM Zunft zur Sperrung Bahnbrücke
---------------	--

Fr. Zunft weist auf das Verkehrschaos im Zusammenhang mit der einseitigen Sperrung der Bahnbrücke hin und das Risiko, dass stadteinwärts fahrende Fahrzeuge der Feuerwehr und des Rettungsdiensts nicht durchkommen. Sie gibt zu bedenken, ob nicht noch einmal über eine Behelfsbrücke nachzudenken ist.

Herr Bürgermeister Lindenau weist darauf hin, dass diese Maßnahme 4-6 Wochen in Anspruch nimmt, um längerfristige Sperrungen mit sehr viel weitreichenden Folgen bis hin zur Vollsperrung zu vermeiden. Diese Maßnahme verschafft der Stadt Luft für die nächsten 5

Jahre an anderen Verkehrsknotenpunkten. Bereits im Juni 2018 wurde über diese Maßnahme im Hauptausschuss berichtet.

Frau Senatorin Hagen ergänzt, dass alle Maßnahmen einer straßenverkehrsrechtlichen Anordnung bedürfen. Das wurde selbstverständlich auch im vorliegenden Fall geprüft. Staus sind bei derartigen Maßnahmen insbesondere zu Stoßzeiten nicht zu vermeiden. Die Erfahrung zeigt, dass die ersten Tage einer Verkehrsänderung immer schwierig sind und deshalb Behinderungen nicht auszuschließen sind.

Es sprechen weiterhin dazu Herr Rathcke und Frau Borchers.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils
--

Die Vorsitzende schließt um 17:08 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit verlässt den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 17:09 Uhr von der Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Die Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt worden sind.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

Lübeck, den 21. September 2018

gez.	gez.
Gabriele Schopenhauer Vorsitzende	Oliver Groth Protokollführung



Lübeck, 4. September 2018

Bericht für den Hauptausschuss

Hier: Anfrage des Bürgerschaftsmitgliedes D. Stolzenberg in der Sitzung des Hauptausschusses am 28. August 2018 zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen im Zusammenhang mit dem Stromausfall im Mai 2018

1. Ausgangslage

Die Netzanschlussverordnung sieht grundsätzliche Regelungen hinsichtlich der Haftungsbegrenzung vor. Bei weder vorsätzlich noch grob fahrlässig verursachten Sachschäden ist die Haftung des Netzbetreibers gegenüber seinen Anschlussnutzern auf jeweils 5.000 Euro begrenzt; eine Haftung für Vermögensschäden besteht nicht. Bei grob fahrlässig verursachten Sachschäden ist die Haftung des Netzbetreibers ggü. seinen Anschlussnutzern in der Höhe unbegrenzt, die Haftung für Vermögensschäden beträgt jeweils 5.000 Euro. Trotz dieser grundsätzlichen Haftungsbegrenzungen ist je Schadensfall individuell zu prüfen, ob die Haftungsbegrenzungen wirksam vereinbart oder durch individuelle Haftungsbegrenzungen (ins. im Mittelspannungsbereich) ersetzt wurden.

2. Aktueller Stand der Schadenmeldungen

Aktuell sind im Bereich der Niederspannung angemeldete Schäden im mittleren 6-stelligen Bereich (rd. 490 TEUR) angemeldet. Bei den Großkunden (Mittelspannung), bei denen die Schadensabwicklung individuell zu klären ist, liegen gemeldete Ansprüche mit einer Schadenssumme von rd. 1,5 Mio. EUR vor. Inwieweit auch in dieser Höhe eine Regulierung zu erfolgen hat, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar. Jeder angemeldete Schaden erfordert eine rechtliche Prüfung im Einzelfall. Bis zum heutigen Zeitpunkt erfolgte eine Regulierung der Schäden ausschließlich über den Kommunalen Schadenausgleich Schleswig-Holstein (KSA), insofern sind bislang keine finanziellen Auswirkungen für unser Unternehmen entstanden.

3. Stand der Schadenregulierung

In Absprache mit dem KSA werden derzeit

- Sachschäden (bspw. verdorbene Lebensmittel) reguliert,
- defekte elektrische Geräte sowie damit in Zusammenhang stehende Reparaturkosten nicht reguliert,
- Vermögensschäden (bspw. Verdienstaussfall, Personalkosten, Umsatzeinbußen) nicht reguliert.

Grundlage der Regulierungspraxis ist die Annahme des KSA, dass das ursächliche Verhalten nur als leicht fahrlässig zu bewerten ist. Die Haftungsgrenzen des § 18 der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Niederspannung (Niederspannungsanschlussverordnung - NAV) gelten entsprechend. Bei den elektrischen Geräten handelt es sich um einen Sachschaden, der nach § 18 NAV zu regulieren

wäre. Da es jedoch im Zusammenhang mit dem Stromausfall nicht zu einer Überspannung gekommen ist, ist davon auszugehen, dass die Geräte, die gleichwohl nach dem Stromausfall einen Defekt aufgewiesen haben, bereits vor dem Stromausfall einen anderen Defekt hatten. Oder anders ausgedrückt: Es wird unterstellt, dass ein elektrisches Gerät das normale Ab- und Zuschalten an die Stromversorgung verkraften können muss.



Jürgen Schöffner
Geschäftsführer
Stadtwerke Lübeck GmbH



Dr. Jens Meier
Geschäftsführer
Netz Lübeck GmbH



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
3. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 28.08.2018	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	18:55 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit- SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer- SPD		
Thorsten Fürter- Bü90/DIEGRÜNEN		
David Jenniches- AfD		
André Kleyer- Bü90/DIEGRÜNEN		
Ulrich Krause- CDU		
Thomas Misch- FREIE WÄHLER & GAL		
Oliver Prieur- CDU		
Peter Reinhardt- SPD		
Bernhard Simon- CDU		
Detlev Stolzenberg- Die Unabhängigen		
Katjana Zunft- Die Linke		
Lothar Möller- BfL		
Thomas Rathcke- FDP		anwesend bis nicht-öffentlicher Teil TOP 13.1/18.31 Uhr
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN		
Dr. Axel Flasbarth- SPD		
Ragnar Harald Lüttke- Die Linke		
Arne-Matz Ramcke- Bü90/DIEGRÜNEN		anwesend öffentlicher Teil bis TOP 9/17.58 Uhr
Thomas-Markus Leber- FDP		anwesend bis nicht-öffentlicher Teil TOP 13.1/18.31 Uhr
Verwaltung		
Jan Lindenau- FB 1 - Bürgermeister		
Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung		
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales		

Senatorin Joanna Hagen- FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth- 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tatjana Voskuhl- 1.300 Recht	
Tim Klüssendorf- 1.000 Bürgermeister Persönlicher Referent	
Conja Grau- 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Ralf Kuschnierz- FBC FB 2	
Dieter Schmedt- 5.660 - Stadtgrün und Verkehr	
Manfred Uhlig- 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Jörg Blank- 1.203-Beteiligungscontrolling	anwesend bis nicht-öffentlicher Teil TOP 13.1/18.48 Uhr
Ulrike Schölkopf- 5.660 - Stadtgrün und Verkehr	anwesend bis nicht-öffentlicher Teil TOP 13.10/18.23 Uhr
MitarbeiterInnen FB 1 - 5-	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 9/17.58 Uhr
VertreterInnen der Personalräte-	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 9/17.58 Uhr
Protokollführung	
Inga Thedens- Bürgermeisterkanzlei	
Gäste	
Julia Runge- Kanzlei Brock, Müller, Ziegenbei	anwesend bis nicht-öffentlicher Teil TOP 13.1/18.48 Uhr
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse-	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 9/17.58 Uhr
Zuhörerinnen und Zuhörer-	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 9/17.58 Uhr
Beiratsmitglieder	
Bruno Böhm- Seniorenbeirat	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 9/17.58 Uhr
Peter Mross- Seniorenbeirat	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 9/17.58 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Niederschriften
2.1.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.07.2018
2.2.	Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 24.07.2018
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	Anfrage des AM Thorsten Fürter (Bündnis 90 / Die Grünen) - Thema Straßenausbaubeiträge Vorlage: VO/2018/06197
3.1.1.	Antwort auf Anfrage von AM/BM Thorsten Fürter (Bündnis 90 / Die Grünen) im Hauptausschuss am 10.07.2018, betr. Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (5.660) - VO/2018/06197 Vorlage: VO/2018/06250
3.2.	Antwort des FB 2 betr. Kaufpreiszahlung Grundstück am ZOB (Anfrage von AM Herrn Stolzenberg vom 10.07.18)
3.3.	Anfrage des BM/AM Thomas Rathcke FDP zu Fördermitteln des Landes S-H im Bereich Infrastruktur und KiTa Vorlage: VO/2018/06244
3.4.	Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) - Zum Thema: Public Private Partnership sowie Zusammenarbeit im Liegenschaftsbereich Vorlage: VO/2018/06287
3.5.	NEU: Anfrage des BM/AM Detlev Stolzenberg gem. § 16 GO: Situation am Krähen- teich Vorlage: VO/2018/06327
3.6.	NEU: Anfrage von BM Oliver Prieur (CDU) und BM Thomas Rathcke (FDP): Wiederkehrende Prüfung ortsfester elektronischer Anlagen (E-Check) Vorlage: VO/2018/06337
4.	Berichte
4.1.	Über- und außerplanmäßige Bewilligungen und Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2017 - 2. Halbjahr Vorlage: VO/2018/06134
4.2.	Genehmigung des Haushalts 2018 der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2018/06168
4.3.	Eckpunkte auf dem Weg zur Digitalen Strategie Vorlage: VO/2018/06271

5.	Beschlussvorlagen
5.1.	Beschlussvorlage zur Errichtung einer Jugendberufsagentur in der Hansestadt Lübeck auf der Grundlage des Berichtes vom 13.02.2018 Nr. VO/2018/05797 Vorlage: VO/2018/06118
5.2.	Beteiligung der Hansestadt Lübeck am Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“, Projektauftrag 2018 Vorlage: VO/2018/06269
6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
7.	Anträge von Ausschussmitgliedern
8.	Verschiedenes
8.1.	NEU: Mdl. Anfrage BM Peter Reinhardt betr. Fischtreppe
8.2.	NEU: Mdl. Anfrage BM D. Stolzenberg betr. Stromausfall
8.3.	NEU: Mdl. Anfrage BM Thomas-Markus Leber betr. Teilnahme der Bürgerschaftsmitglieder am Festakt anl. Umbenennung der FH Lübeck am 27.09.2018
8.4.	NEU: Mdl. Anfrage BM Thorsten Fürter betr. Umsetzung Abschiebeplan
9.	Ende des öffentlichen Teils
15.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
-------------	--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Herr Stolzenberg beantragt die öffentliche Behandlung der Vorlage 2018/06340.

Hierzu sprechen Herr Bürgermeister Lindenau sowie der Vorsitzende und erläutern die Gründe, aus denen eine öffentliche Behandlung der Vorlage nicht geboten ist.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag auf öffentliche Behandlung der Vorlage abstimmen.

*Der Hauptausschuss lehnt die öffentliche Behandlung der Vorlage 2018/06340 bei einer Ja-Stimme mehrheitlich ab.
Die Vorlage wird dem nicht-öffentlichen Teil zu TOP 13.1 zugeordnet.*

Herr Stolzenberg beantragt weiterhin, die Zuordnung der als nichtöffentlich gekennzeichneten Vorlagen für jeden TOP einzeln vorzunehmen.

Der Vorsitzende lässt über die Zuordnung der unter TOP 10 – 14 enthaltenen Vorlagen in den nicht-öffentlichen Teil einzeln abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit der nichtöffentlichen Behandlung der TOP 10.1 und TOP 10.2 einstimmig zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 11 mehrheitlich zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 12 mehrheitlich zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 13.2 mehrheitlich zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 13.3 mehrheitlich zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 13.4 mehrheitlich zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 13.5 mehrheitlich zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 13.6 mehrheitlich zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 13.7 mehrheitlich zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 13.8 mehrheitlich zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 13.9 mehrheitlich zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 13.10 mehrheitlich zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit der nichtöffentlichen Behandlung

Keine weiteren Wortmeldungen.

zu 2 Niederschriften

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.07.2018

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt die Niederschrift
in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.*

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 24.07.2018

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt die Niederschrift
in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.*

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen
--

zu 3.1 Anfrage des AM Thorsten Fürter (Bündnis 90 / Die Grünen) - Thema Straßen- ausbaubeiträge - Vorlage: VO/2018/06197
--

Herr Fürter hat mit der Vorlage 2018/06197 zur Sitzung des Hauptausschusses am 10.07.2018 folgende Anfrage eingereicht.

„In der Bürgerschaftssitzung am 22. Februar 2018 hat die Bürgerschaft auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen (VO/2018/05768), den Bürgermeister zu beauftragen, bis zur Sitzung der Bürgerschaft im November 2018 einen Satzungsentwurf vorzulegen, der die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt Lübeck von der Erhebung der Straßenausbaubeiträge befreit. Zugleich wurde ein Antrag der Grünen Bürgerschaftsfraktion abgelehnt, den hierdurch entstehenden Einnahmeausfall durch einen Zuwachs an anderer Stelle auszugleichen (VO/2018/05818)

Hierzu bitte ich den Bürgermeister um Beantwortung nachfolgender Fragen:

- 1. In welcher Höhe wurden Straßenausbaubeiträge in den Jahren 2014, 2015, 2016, 2017 und 2018 (bis zum 31. Mai 2018) durch die Stadt festgesetzt (bitte hier und bei den folgenden Fragen jeweils nach Jahren aufschlüsseln).*
- 2. In wie vielen Fällen erfolgten Einsprüche gegen die Festsetzung?*
- 3. In wie vielen Fällen kam es zu Gerichtsprozessen? Wie viele von ihnen laufen derzeit noch?*
- 4. In welcher Höhe waren aufgrund der Gebührenfestsetzungen für den städtischen Fiskus Mittelzuwächse zu verzeichnen? In welcher Höhe sind Gebührenforderungen noch „offen“?*
- 5. Hat die Stadt im Hinblick auf die vorgenannten Beschlüsse ihre Praxis bei der Festsetzung und ggf. Vollstreckung von Straßenausbaubeiträgen verändert? Wenn ja: Wie?*
- 6. In welcher Höhe rechnet der Bürgermeister in den kommenden sechs Jahren mit Einnahmeausfällen bei Umsetzung des Beschlusses vom 22. Februar 2018? In welcher Höhe und für welche Dauer sind diese Ausfälle durch Kompensationsentscheidungen des Landes ausgeglichen?*

7. *Beabsichtigt der Bürgermeister zusammen mit dem Satzungsentwurf im November 2018 auch einen Vorschlag zu unterbreiten, wie nicht durch das Land kompensierte Einnahmeausfälle ausgeglichen werden können?*

Ich bitte um schriftliche Beantwortung.“

Keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.1.1 Antwort auf Anfrage von AM/BM Thorsten Fürter (Bündnis 90 / Die Grünen) im Hauptausschuss am 10.07.2018, betr. Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (5.660) - VO/2018/06197 - Vorlage: VO/2018/06250

Zu der von Herrn Fürter mit der Vorlage 2018/06197 gestellten Anfrage liegt nunmehr mit der Vorlage 2018/06250 eine Antwort vor.

Eine Nachfrage von Herrn Fürter wird von Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Herr Stolzenberg fragt, ob mal ermittelt wurde, welcher Verwaltungskostenaufwand mit solchen Beitragseinzügen verbunden ist. Er möchte wissen, wieviel Geld ausgegeben wird für Verwaltungsaufwand.

Es sprechen weiterhin Herr Rathcke und Herr Prieur.

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Stolzenberg zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort sowie die Anfrage von Herrn Stolzenberg zur Kenntnis.

zu 3.2 Antwort des FB 2 betr. Kaufpreiszahlung Grundstück am ZOB (Anfrage von AM Herr Stolzenberg vom 10.07.18)

Zu der von Herrn Stolzenberg in der Sitzung des Hauptausschusses am 10.07.2018 mündlich gestellten Anfrage, ob der Kaufpreis für das Grundstück am ZOB bereits bezahlt ist und ob eine Rückabwicklung des Kaufvertrages bei nicht fristgerechter Bezahlung erfolgt, antwortet Herr Senator Schindler, dass der vereinbarte Kaufpreis am 08.08.2018 komplett überwiesen wurde. Die Beantwortung der zweiten Frage von Herrn Stolzenberg erübrigt sich damit.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.3 Anfrage des BM/AM Thomas Rathcke FDP zu Fördermitteln des Landes S-H im Bereich Infrastruktur und KiTa
Vorlage: VO/2018/06244**

Herr Rathcke stellt mit der Vorlage 2018/06244 folgende Anfrage:

„Mit dem Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau in Schleswig-Holstein (KStB) können Kreise, Städte und Gemeinden beim Bau oder Ausbau der in ihrer gesetzlichen Bau- last stehenden verkehrswichtigen Straßen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz Schleswig-Holstein (GVFG-SH) und dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) finanziell unterstützt werden. Hierfür stellt das Land Schleswig-Holstein auch der Hansestadt Lübeck finanzielle Mittel für 2018 zur Verfügung.

Auch im Bereich KiTa (Betreuung U3 und Ü3) stellt das Land der Hansestadt Lübeck zusätz- liche Mittel für 2018 und 2019 in Höhe von 7.874.581€ zur Verfügung.

Anfrage zu beiden Bereichen (Infrastruktur und KiTa)

a) Wieviel Geld hat die Hansestadt Lübeck davon jeweils bereits beantragt?

b) Wofür wurde das beantragte Geld verwendet?

c) Wird die Hansestadt Lübeck jeweils weitere Mittel beantragen?

Bitte um schriftliche Beantwortung.“

Keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.4 Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜ- NEN) - Zum Thema: Public Private Partnership sowie Zusammenarbeit im Lie- genschaftsbereich - Vorlage: VO/2018/06287

Herr Fürter stellt mit der Vorlage 2018/06287 folgende Anfrage:

„Die Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein definiert Public-Private-Partnership wie folgt: „Konzept der Finanzierung öffentlicher Investitionsvorhaben, welches vorsieht, in- frastrukturelle Bauvorhaben der öffentlichen Verwaltung ganz oder teilweise von privaten Unternehmern finanzieren zu lassen.“

Quelle:https://www.ihk-schleswig-holstein.de/standortpolitik/projekte_und_kooperationen/public-private-partnership/3144732**Error! Hyperlink reference not valid.**

Zu diesem Themenkomplex bitte ich um Beantwortung nachfolgender Fragen:

1. Gibt es über den Bau des Herrentunnels hinaus PPP-Projekte der Hansestadt Lübeck?

Wenn ja: Welche?

2. Hat die Stadt bezüglich des Herrentunnels sowie evtl. bezüglich anderer bestehender PPP-Projekte ausgewertet, ob die Entscheidung, die Projekte über PPP zu realisieren, ge- genüber der klassischen Finanzierung öffentlicher Investitionsvorhaben aus heutiger Sicht für die Stadt wirtschaftlich vorteilhaft war? Wenn ja: Mit welchen Ergebnissen?

3. Plant die Hansestadt Lübeck die Initiierung weiterer PPP-Projekte? Wenn ja: Welche?

4. Hat die Stadtverwaltung in den vergangenen fünf Jahren an Gesprächen mit Investoren oder Beratern teilgenommen, die die Durchführung von PPP-Projekten zum Gegenstand hatten? Wenn ja: In welchen Fällen?

5. Verfügt die Hansestadt Lübeck über Gebäude oder Gebäudeteile, die nicht von der Stadt- verwaltung, sondern von Dritten genutzt werden? Wenn ja: Bitte die Fläche angeben, von wem die Gebäude genutzt werden und bis wann die Nutzung vertraglich vorgesehen ist? Städtische Gesellschaften können bei der Beantwortung außer Betracht bleiben.

6. Mietet die Hansestadt Lübeck gegenwärtig Gebäude oder Gebäudeteile von Dritten an? Wenn ja: Bitte die Fläche angeben, zu welchem Zweck die Anmietung erfolgte und bis wann die Nutzung vertraglich vorgesehen ist?

7. Gibt es aktuell Beschäftigte der Stadt, die von Firmen „ausgeliehen“ oder finanziert wer- den? Wenn ja: In welchen Fällen?

Ich bitte um schriftliche Beantwortung.“

Keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.5 NEU: Anfrage des BM/AM Detlev Stolzenberg gem. § 16 GO: Situation am Krähenteich - Vorlage: VO/2018/06327

Herr Stolzenberg stellt mit der Vorlage 2018/06327 folgende Anfrage:

„Der Förderverein Altstadtbad Krähenteich e.V. hat in einem Schreiben u.a. an den Bürgermeister und die Fraktionen auf die dramatische Situation am Krähenteich bezüglich der Wasserqualität hingewiesen und acht Fragen formuliert.

Diese Fragen übernehme ich als Hauptausschussmitglied:

Wieso wird das Wehr am Mühlendamm nicht kontinuierlich gereinigt, sondern ist offenbar immer wieder im Abfluss verstopft?

Wieso wird der Zufluss nicht maximiert, sondern offenbar noch immer zum Teil über den Falkendamm abgeführt?

Stimmt es, dass der Zufluss sogar für Tage ganz gesperrt wurde?

Gibt es Absprachen mit dem E-Werksbetreiber am Mühlendamm, die einen erhöhten Durchfluss behindern?

Der Förderverein hat auf eigene Kosten im Umfeld des Bades für eine Entkrautung gesorgt – wieso gab es trotz der sichtbaren Gefahr keine vorsorgliche Entkrautung von Krähen- und Mühlenteich seitens der Port Authority?

Was wird jetzt als Notfallregelung getan?

Was gibt es für die Zukunft mit mehr solcher zu erwartenden Situationen für eine Strategie?

Wie kann das zusammen mit der geplanten Fischtreppe, die ja noch deutlich mehr Wasser abzweigen wird, überhaupt funktionieren?

Ich bitte um schriftliche Beantwortung.“

Keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.6 NEU: Anfrage von BM Oliver Prieur (CDU) und BM Thomas Rathcke (FDP): Wiederkehrende Prüfung ortsfester elektronischer Anlagen (E-Check) Vorlage: VO/2018/06337

Die Herren Prieur und Rathcke stellen mit der Vorlage 2018/06337 folgende Anfrage:

„Im letzten Ausschuss für Schule und Sport wurde bekannt, dass die Hansestadt die empfohlenen Fristen für die wiederkehrende Prüfung von ortsfesten elektronischen Anlagen in Schulen nicht einhält.

- Aus welchem Grund hält die Hansestadt die Fristen für den E-Check an Schulen nicht ein?*
- Welche Folgen und Gefahren ergeben sich aus der Missachtung der empfohlenen Fristen?*
- Welche Maßnahmen hat die Hansestadt getroffen, dass zukünftig die Fristen für den E-Check der Schulen eingehalten werden?*
- Welche weiteren regelmäßigen Prüfungen (Brandschutz, Gas etc.) führt die Hansestadt nicht in den empfohlenen Intervallen durch?*
- Welche Schule wurde wann zuletzt überprüft? (Liste: E-Check, Brandschutz etc.)*
- Welche Risiken entstehen, wenn die Intervalle nicht eingehalten werden für Schüler und Lehrpersonal?*
- Wie muss das Personal qualifiziert sein, dass den E-Check und anderes durchführt?*
- Verfügt die Stadt über ausreichend qualifiziertes Personal, um diese Überprüfungen selber durchzuführen?*
- Sollte die Stadt nicht über ausreichend eigenes qualifiziertes Personal verfügen,*

warum werden die Dienstleistungen dann nicht so extern vergeben, dass die empfohlenen wiederkehrenden Intervalle eingehalten werden?

- Warum werden die Intervalle in den Schulen nicht eingehalten, während sie in anderen städtischen Gebäuden eingehalten werden?
- In welchen städtischen Gebäuden werden die empfohlenen Prüffinterwallen eingehalten und in welchen nicht, bzw. wann wurde die letzte Überprüfung in den unterschiedlichen Gebäude durchgeführt? (Aufstellung in Liste)

Wir bitten um eine schriftliche Antwort.“

Keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4	Berichte
-------------	-----------------

zu 4.1	Über- und außerplanmäßige Bewilligungen und Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2017 - 2. Halbjahr - Vorlage: VO/2018/06134
---------------	---

Eine Nachfrage von Herrn Stolzenberg wird von Herrn Bürgermeister Lindenau beantwortet.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 4.2	Genehmigung des Haushalts 2018 der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2018/06168
---------------	--

Hierzu sprechen – zum Teil mehrfach - Herr Rathcke, Herr Bürgermeister Lindenau, Herr Simon, Frau Senatorin Hagen, Herr Fürter, Herr Uhlig und der Vorsitzende.

Es werden folgende Punkte angesprochen:

- Mögliche Reaktion auf die Defizite der SIE
- Wiederaufnahme gestrichener Maßnahmen im Haushaltsjahr 2019
- Kritik am Schieben von Schulinvestitionen
- Erläuterung der Kreditkürzungsliste

Herr Fürter beantragt, den Bericht als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Vorsitzende lässt über diesen Antrag abstimmen.

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag auf Kenntnisnahme des Berichts als Zwischenbericht bei 3 Ja-Stimmen mehrheitlich ab.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 4.3	Eckpunkte auf dem Weg zur Digitalen Strategie Vorlage: VO/2018/06271
---------------	---

Hierzu sprechen – zum Teil mehrfach - Herr Rathcke, Herr Bürgermeister Lindenau, Herr Stolzenberg, Herr Fürter, Herr Simon, Herr Krause, Frau Zunft, Herr Kleyer und Herr Böhm.

Es werden folgende Punkte angesprochen und diskutiert:

- Herausgabe von Pressemitteilungen erst nach Behandlung in den Gremien
- Wunsch nach gemeinsamer Entwicklung eines Konzept zur Digitalen Strategie unter Öffentlichkeitsbeteiligung
- Nachfrage zum Beschluss des HA zur Einrichtung einer Stabsstelle Strategie und Innovation
- Fehlen einer inhaltlichen Dimension betr. Digitalisierung im Bereich Schulen oder Dienstleistungen im Meldewesen
- Einordnung der neu zu schaffenden Stelle eines CDO in die städtische Verwaltung und Nachfrage zur Dotierung
- Reduzierung des Berichtszeitraums betr. der Fortschritte im Projekt
- Weisungskompetenz des/ der neuen CDO
- Nachfrage zur Medienwerkstatt und Einbeziehung von externem Knowhow
- Rahmenbedingungen für die Auswahl eines Standorts für die Medienwerkstatt
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- Schulen mehr in den Fokus nehmen
- Barrierefreiheit für Ü60
- Gründung und Beitritt zm Energiecluster und SLIE
- Gründung einer Gesellschaft zum Zweck der Ausschöpfung Fördermöglichkeiten
- Zeitpunkt der Überarbeitung der Lübeck-Homepage

*Der Hauptausschuss nimmt
den Bericht zur Kenntnis.*

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	Beschlussvorlage zur Errichtung einer Jugendberufsagentur in der Hansestadt Lübeck auf der Grundlage des Berichtes vom 13.02.2018 Nr. VO/2018/05797 - Vorlage: VO/2018/06118
---------------	---

Hierzu spricht Herr Stolzenberg.

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft stimmt der Einrichtung einer Jugendberufsagentur Lübeck in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern am Standort Hans-Böckler-Straße auf der Grundlage des der Bürgerschaft am 30.11.2017 (VO 2017/05314) vorgelegten Konzeptes und des am 22.03.2018 der Bürgerschaft vorgelegten Berichts (VO 2018/05797) zu.
2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, auf der Grundlage der nachstehenden Beschlusspunkte und dem vorliegenden Konzept zur Errichtung der Jugendberufsagentur Lübeck unverzüglich eine verbindliche Verwaltungsvereinbarung mit den Kooperationspartnern abzuschließen.
Angestrebter frühester Zeitpunkt für die Eröffnung der Jugendberufsagentur Lübeck ist der 01.05.2019. Basierend auf den Erfahrungen anderer Jugendberufsagenturen ist vor der Eröffnung eine zweimonatige Testphase zur Erprobung der Prozess-abläufe und der geplanten Zusammenarbeit aller zukünftigen Mitarbeiter*innen in der Jugendberufsagentur Lübeck aus den Rechtskreisen SGB II, SGB III, SGB VIII, SGB IX, SGB XII, dem Schulgesetz Schleswig-Holstein erforderlich.
3. Zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben sind im Zusammenhang mit der Errichtung der Jugendberufsagentur Lübeck in den kommenden Jahren zusätzliche Personalressourcen von insgesamt 6,5 VZÄ Planstellen im Rahmen des Stellenplanverfahrens 2019 neu zu schaffen (siehe Begründung zu Ziffer 3). Davon werden 6,5 Planstellen bis 2024 aus der Auflösung eines Sonderpostens aus Restmitteln 2011 und 2012 des

Bundes für Bildung und Teilhabe (BuT) gegenfinanziert (siehe Anlage 8). Die Stellen werden im Stellenplan 2019 den Bereichen zugeordnet.

Die Personalkosten und zusätzlich entstehende Sachkosten sind im Haushaltsplanverfahren 2019 zu ordnen.

4. Zur rechtzeitigen Schaffung und Sicherstellung der erforderlichen IT-Infrastruktur für die kommunalen Mitarbeiter*innen am Standort Hans-Böckler-Straße wird der Bürgermeister beauftragt, die erforderlichen IT-Maßnahmen in enger Abstimmung mit den Kooperationspartnern der zukünftigen Jugendberufsagentur Lübeck (Arbeitsagentur, gE Jobcenter Lübeck, Bereiche der HL) umzusetzen. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel sind im Rahmen des Haushaltsplanverfahrens 2019 zu ordnen.
5. Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft bis Ende 2020 im Rahmen eines Berichtes über den Stand der Entwicklung der Jugendberufsagentur Lübeck zu berichten. Dieser Bericht soll auch Auskunft darüber geben, welche Maßnahmen veranlasst wurden, welcher Personenkreis mit welchem Erfolg erreicht wurde und welche Personalausstattung dauerhaft bei Fortführung der Jugendberufsagentur Lübeck benötigt wird.

*Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag
zu entscheiden.*

zu 5.2 Beteiligung der Hansestadt Lübeck am Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“, Projektauftrag 2018 - Vorlage: VO/2018/06269

Hierzu spricht Herr Stolzenberg.

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck bewirbt sich mit einer Projektfortführung des Projektes „Entwicklung eines Sportzentrums Falkenwiese“ – Hochbau Tanzen/Judo/TSB (Gesamtbaukosten ca. 6,4 Mio. Euro) und der Sanierung des Sportplatzes Neuhof „Bürgerpark Neuhof“ (Gesamtkosten ca. 1,9 Mio. Euro) um eine 90-prozentige Förderung aus dem Bundesprogramm Beteiligung der Hansestadt Lübeck am Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“, Projektauftrag 2018. Im Falle eines positiven Zuwendungsbescheides wird die Übernahme eines Eigenanteils von 10 % für die Maßnahme „Bürgerpark Neuhof“ aus städtischen Haushaltsmitteln zugesagt. Der 10-prozentige Eigenanteil für die Maßnahme „Hochbau Falkenwiese“ wird bis zur maximalen Förderung von 4 Mio. Euro (400.000 Euro) zugesagt. Die in der Richtlinie aufgezeigte Möglichkeit, den 10-prozentigen Eigenanteil durch Dritte (Stiftungen und Spender) gegenzufinanzieren, soll für beide Maßnahmen genutzt werden.

*Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag
zu entscheiden.*

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Verschiedenes

zu 8.1 NEU: Mdl. Anfrage BM Peter Reinhardt betr. Fischtreppe

Herr Reinhardt bittet um Mitteilung zum Sachstand Baubeginn der Fischaufstiegsanlage zur Verbindung zwischen Wakenitz und Trave.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.2 NEU: Mdl. Anfrage BM D. Stolzenberg betr. Stromausfall

Herr Stolzenberg erinnert an den Stromausfall im Mai 2018, der nach Berichterstattung durch einen Mitarbeiter der Stadtwerke verursacht worden sein soll. Er fragt, ob es eine Abschätzung bezüglich der Höhe der an die Stadtwerke gerichteten Schadenersatzforderungen gibt. Weiterhin möchte er wissen, ob es eine Obergrenze für Schadenersatz bei einzelnen Meldungen gibt oder ob Schadenersatz in unbegrenzter Höhe geltend gemacht werden kann.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.3 NEU: Mdl. Anfrage BM Thomas-Markus Leber betr. Teilnahme der Bürgerschaftsmitglieder am Festakt anl. Umbenennung der FH Lübeck am 27.09.2018

Herr Leber macht darauf aufmerksam, dass am 27.09.2018 die Bürgerschaft tagt und gleichzeitig der Festakt anlässlich der Umbenennung der Fachhochschule stattfindet. Er fragt, ob eine Unterbrechung der Sitzung der Bürgerschaft möglich ist, um den Mitgliedern der Bürgerschaft eine Teilnahme am Festakt der Fachhochschule zu ermöglichen.

Frau Schopenhauer erklärt, dass dies aus zeitlichen Gründen nicht möglich ist.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.4 NEU: Mdl. Anfrage BM Thorsten Fürter betr. Umsetzung Abschiebeplan

Herr Fürter verweist auf einen Termin im Flüchtlingsforum, in dem der Abschiebeplan kritisiert wurde. Er bittet um Auskunft, ob dieser zwischenzeitlich aufgehoben wurde.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass Abschiebungen auf Grundlage der geltenden Rechtsvorschriften weiterhin erfolgen.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 17.58 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit verlässt den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 18.00 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt worden sind.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

Lübeck, den 08. September 2018

Peter Petereit Vorsitzender	Inga Thedens Protokollführung

Anlage zu
TOP 5.4

2.530 – Gesundheitsamt
2.530.11 – Sozialpsychiatrischer Dienstag

Lübeck, 28.09.2018
App.: 53 42


1.100 – Büro der Bürgerschaft
--Frau Thedens--

Konzept zur Schaffung von zwei Streetworker-Stellen in der offenen Drogenszene

Sehr geehrte Frau Thedens,

unter Bezugnahme auf Ihre Mail vom 27.09.2018 erhalten Sie als Anlage die gewünschte Statistik aus meinem Vortrag im Hauptausschuss vom 25.09.2018 zu TOP 5.4 der Tagesordnung zur weiteren Verwendung.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrike Tietz

- 2 -

mit Spezialmaßnahmen wie z. B. speziellen Projekttagen, in denen z. B. auch näher über Cannabis aufgeklärt werden kann, worüber die Schulen in eigener (auch finanzieller) Zuständigkeit entscheiden. Übrigens auch dies ist ein Schritt zur Zertifizierung „gesunde Schule“.

Es werden sogenannte Präventionsketten eingerichtet für die vulnerablen Übergänge zum Beispiel vom Kleinkind zur Kita, von der Kita zur Schule, von der Schule zur Ausbildung/Beruf, gerade dort entstehen oft Probleme/Brüche.

Besonders wichtig ist die Gesamtthematik auch bei minderjährigen Flüchtlingen. In den meisten Herkunftsländern sind z. B. Opium und Cannabis legal, es besteht kein Problembewusstsein.

Ein Teil der gesamten präventiven Arbeit ist aber auch die sekundärpräventive Arbeit gerade bei Schwerstabhängigen von legalen Drogen (Alkohol) und illegalen Drogen (z. B. Heroin).

Beide Bereiche haben mit steigenden Zahlen zu tun, u. a. auch mitbedingt durch die Migration; wobei im Alkoholbereich eher die Länder Osteuropas infrage kommen, im Bereich der illegalen Drogen eher Länder aus Asien, aber auch aus Syrien und teils aus Afrika.

Laut Polizeistatistik hatten wir im Jahre 2016 in Deutschland 1.000 Drogentote, aber 15.000 Tote durch Alkohol. Wenn man die Folgetodeszahlen bei Alkoholkranken nimmt, sind dieses 2016 etwa 80.000 gewesen, die gestorben sind.

Laut statistischem Landesamt gab es im Jahre 2015 in Lübeck 4 Tote durch Intoxikationen mit psychotropen Substanzen, 28 Tote durch Alkoholintoxikationen. Die Zahlen aus den Jahren 2016 und 2017 liegen noch nicht vor. In den Jahren 2013 und 2014 gab es im Drogenbereich keine Toten durch Intoxikationen mit psychotropen Substanzen.

In den Lübecker Kliniken gab es im Jahr 2017 19 Notfälle durch Intoxikationen mit illegalen Drogen. Für die Notfälle durch Intoxikation mit Alkohol hatte ich keine aktuellen Zahlen bekommen, aus eigenen Erfahrungen aus der Tätigkeit unseres Rufbereitschaftsdienstes nach PsychKG heraus kann ich aber sagen, dass in etwa die Zahl von 19 Notfällen im Alkoholbereich pro Woche auftritt im Vergleich zu 19 Notfällen im Bereich illegaler Drogen für das ganze Jahr.

Ein wichtiger Ansatz der täglichen Arbeit ist dabei die erhebliche Intensivierung des Streetwork für beide Bereiche. Die offene Szene erstreckt sich dabei quer durch die Innenstadt für beide Bereiche auf einer Achse Krähenteich-Wahmstraße-Klingenberg-Holstentorvorplatz-ZOB- Hauptbahnhof.

Fazit:

Die Einrichtung jeweils mindestens einer Stelle für Streetwork im Alkoholbereich und einer Stelle im Bereich der illegalen Drogen ist unbedingt erforderlich.

Der Jugendhilfeausschuss hätte dem Beschluss zugestimmt und ihn erweitert darauf, dass nach 1 Jahr eine Zwischenevaluation stattfindet und 2 zusätzliche Stellen in 1 Jahr geschaffen werden mit Sperrvermerk

Dr. Michael Hamschmidt